

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Kernerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt)

Die deutsche Wirtschaftskatastrophe und das Ausland.

Bernünftige Worte.

WTB London, 12. Okt. (Drahtb.) Sir Eric Geddes erklärte in einer Rede in London über die Reparationsfrage: Die Alliierten handelten vollkommen falsch, wenn sie versuchten, den letzten Pfennig aus Deutschland herauszuholen. Man könne doch nichts herausbekommen, weil nichts vorhanden sei. Geddes gab seiner Verwunderung Ausdruck über die mutige Rede McKennas in New York. Man könne Reparationen nur entweder in Geld oder in Waren erhalten. Deutschland habe aber kein Geld, und wenn man deutsche Waren nehmen wolle, bedeute dies Arbeitslosigkeit. Er sei eben aus Deutschland zurückgekommen und könne nur sagen, daß die Lage dort verzweifelt sei. Man werde niemals eine starke deutsche Regierung bekommen, bevor das Volk wisse, daß die Regierung Herr im Hause sei. Wenn England und seine Alliierten herausfänden, was Deutschland zahlen kann, und es Deutschland sagen würde, so werde Deutschland auch versuchen, zu zahlen, soweit möglich. Aber man könne nicht eine Ration von 70 Millionen Menschen für Generationen verschlagen. Nicht Reparationen, sondern die Rückkehr zum gegenseitigen Verständnis sei die Hauptsache.

Die Reparationskommission berät.

WTB Paris, 11. Okt. (Drahtb.) Die Reparationskommission hielt heute nachmittag unter dem Vorsitz von Barthou eine halbamtliche Sitzung ab, um die finanzielle Lage Deutschlands zu prüfen. Die Sitzung dauerte von 3 bis 6 Uhr. Die Prüfung wird in der weiteren halbamtlichen Sitzung am Freitag nachmittag fortgesetzt werden. Die Sachverständigen, hat sich die Kommission heute anheimelnd auf eine allgemeine Prüfung der finanziellen Lage des deutschen Reiches beschränkt. Eine Prüfung der Hilfsmittel für die Lage dürfte erst in späteren Sitzungen stattfinden.

GA Paris, 12. Okt. (Eig. Drahtb.) Die meisten Morgenblätter äußern sich heute in Besprechungen zum neuen Markkurs recht skeptisch über die Möglichkeit einer Finanzkontrolle. „Matin“ berichtet, Sir John Bradbury habe nach Rückkehr von seiner Berliner Reise ausdrücklich geäußert: Man dürfe nicht erwarten, daß die deutsche Regierung die Finanzgewalt zu entwickeln Bradbury habe mit dem Weg zur Rettung gezeigt, auch im eigenen Interesse Deutschlands.

WTB London, 12. Okt. (Drahtb.) „Times“ berichtet aus Paris: Die französische Regierung ist zugunsten einer strikten Kontrolle der Alliierten eingetreten. Ansehens sei die britische Ansicht, daß die Alliierten bei einer solchen Kontrolle nicht versuchen sollten, die Zahlungen während des nächsten und nachherigen Jahres des darauffolgenden Jahres zu beschneiden.

WTB London, 12. Okt. (Drahtb.) „Daily Mail“ berichtet aus Paris: Verschiedene Pläne

für die Reform der deutschen Finanzen und die Verhinderung weiterer Ausfuhr deutschen Kapitals seien vorgeschlagen worden. In gewissen Kreisen glaube man, daß Sir John Bradbury die Ansicht vertritt, es würde eine bessere Politik sein, zuerst Deutschland das längere Moratorium, das ihm im August verweigert wurde, zu gewähren, und dann auf der Grundlage des so geschaffenen Vertrauens ein System militärischer Kontrolle zu errichten.

Amerikas Rundgebung über seine Politik

GA Washington, 11. Okt. (Eig. Drahtb.) Durch eine Rundgebung aus dem Weißen Hause wird eine bezeichnende Politik der Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage erkennbar. Die Rundgebungen besagen zunächst, daß die Vereinigten Staaten keine baldige Rückzahlung von den ausländischen Schuldnern erwarteten, ausgenommen von England. Die Entscheidung der Regierung müsse überhaupt als eine Sperre gegen jede weitere Anleihe an europäische Mächte erscheinen. Nicht nur, daß die Regierung erklärt, selber irgendeine weitere Anleihe an die Alliierten nicht mehr in Betracht ziehen zu wollen, auch die privaten amerikanischen Finanzkreise sollen einmütig werden, solche Anleihen zu gewähren. Die europäische Lage hat nach der Meinung der Mitglieder des Präsidiums gar keine solche Gefahr angenommen, daß es eine Torheit wäre, eine Fortsetzung dieses Zustandes zu erlauben, wenn es in der Macht der Vereinigten Staaten liegt, einer Fortdauer durch die Abschneidung jeder finanziellen Hilfe vorzubeugen. Die Vereinigten Staaten würden ihre Pflicht gegen die Zivilisation vernachlässigen, wenn sie den Schuldnerstaaten gestatteten, weiterhin übertriebene militärische Organisationen mit in Amerika geborgenen Geldern aufrechtzuerhalten. Dies wird als die Überzeugung der Harding'schen Verwaltung hingestellt. Die Regierung wird die Aussicht über alle privaten Anleihen an fremde Interessenten ausschließen, die dazu beitragen könnte, gewisse Staaten auf dem Kriegsweg zu erhalten. Andererseits, so wird erklärt, falls die Schuldnerstaaten ihren Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen und ihre militärischen Aufwendungen beschränken, dann würden sie bei den Vereinigten Staaten in finanzieller Hinsicht Rücksicht finden. Die Rundgebung aus dem Weißen Hause besagt ferner, daß, falls die Vereinigten Staaten später einwilligen sollten, an irgend einer europäischen Wirtschaftskonferenz teilzunehmen, vorher das Übereinkommen getroffen werden müsse, die Schuldenfrage auf dieser Konferenz außer Betracht zu lassen.

Zur Sicherstellung der Ernährung.

Genügend Brot bis Ende 1922. — Das Hungergefahr. — Die Kartoffelversorgung. — Bayern gibt den Kommunen Kredite für Lebensmittel.

GA Berlin, 11. Okt. (Eig. Drahtb.) Im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates, der sich mit der Währungsfrage des Reiches über die Regelung des Verkehrs mit Getreide befaßt, gab der Präsident

der Reichsgetreidekasse, Geheimrat Metz, folgende Erklärung ab: Die in den letzten Tagen aufgetauchten Gerüchte, daß die Regierung Aufträge zum sofortigen Einkauf von Getreide im Auslande in Höhe von 100 Millionen Dollars gegeben habe, sind nicht zutreffend. Die Reichsgetreidekasse hat seit Wochen durch die Einfuhrgesellschaft für Getreide- und Futtermittel keinen Einkauf am Weltmarkt tätigen lassen. Die im Auslande gekauften und auf die Umlagepflicht abgelieferten Getreidemengen reichen aus, um die Brotversorgung bis Ende des Jahres 1922 sicherzustellen.

Der Ausschuss stimmte weiter mit 17 gegen 5 Stimmen der Arbeitnehmer dem im Gesetz über die Getreideumlage festgesetzten Preise für das erste Drittel der Umlage zu. Die Arbeitgebervertreter der Landwirtschaft erhielten sich der Stimme und gaben eine Erklärung ab, in der für die Festsetzung des Umlagepreises geltende Preise gefordert werden, die sich automatisch nach dem inländischen Marktpreis richten. Durchschnittspreise dürften dabei höchstens für einen Monat festgesetzt werden.

In der Ernährung über die

Kartoffelversorgung betonten Vertreter der Landwirtschaft, daß die Preissteigerungen keinen Anlaß zu den dauernden Preissteigerungen gebe. Die Ernte sei gut und das Angebot sehr reichlich. Die Erzeugerpreise seien bisher mäßig, so in Schlesien zum Beispiel nicht über 300 Mark für den Zentner. Sie flagten über mangelhafte Baggerstellung, die in der letzten Zeit nur ein Fünftel der angeforderten Wagen betragen habe.

Dem Ausschuss lag unter anderem auch eine Eingabe des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen vor, die angesichts der starken Selbstverwertung empfiehlt, die Pfennigzahlungen und Pfennigbuchungen fortzusetzen. Der Ausschuss beschloß, die Reichsregierung zu eruchen, im staatlichen Geldverkehr Beiträge unter einer halben Mark nicht mehr anzunehmen. Beträge über eine halbe Mark sollten nach oben abgerundet werden. Man erwarte, daß die Privatwirtschaft diesem Vorgehen folgt.

Für den Verwaltungsrat, dem das Gesetz über die wirtschaftliche Notlage der Presse vorliegt, werden folgende Mitglieder ernannt: Direktor Kraemer, Stübner, Georg Bernhardt.

WTB München, 11. Okt. (Drahtb.) Der ständige Ausschuss des Landtages genehmigte einstimmig eine Regierungsvorlage bezüglich der Aufnahme einer Staatsschuld zur Sicherung der Brotversorgung, wonach den Kommunalbehörden Vorschüsse bis zu 3 Milliarden zur Getreidebeschaffung gegeben werden, ferner Vorschüsse bis zu 1½ Milliarden zur anderweitigen Sicherstellung der Brotversorgung.

Kohlensteuer und Hausbrand.

GA Berlin, 11. Okt. (Eig. Drahtb.) Brennen und die süddeutschen Staaten sind beim Reichsfinanzministerium vorstellig geworden, daß für den Hausbrand die Kohlensteuer zurückerstattet wird. Gegenwärtig würde dann eine weitere Erhöhung der Kohlensteuer entweder aus allgemeinen Finanzgründen oder für die Anlegung neuer Schächte in Frage kommen. Die einzelnen Staaten gebeten, ihre Anregung im Reichsrat weiter zu verfolgen.

Vorschläge und Ausichten.

Gegen die Devisenpekulation. — Die Zahlungs-mittel für Ausgleichszahlungen fehlen. — Zur Wahl des Reichspräsidenten. — Regierungserweiterung. — Wertberändende Schatzanweisungen.

GA Berlin, 11. Okt. (Eig. Drahtb.) Ein Entwurf, der die Einschränkung der Devisenpekulation zum Ziele hat, ist bereits vor längerer Zeit im Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitet worden und wird jetzt das Kabinett beschäftigen. Welches wohl die Maßnahmen zur Bekämpfung einer weiteren Entwertung der Mark sind, wird noch geheimgehalten, da man von einer vorzeitigen Veröffentlichung eine Herabminderung ihrer Wirkung befürchtet. Offenbar ist aber beabsichtigt, den Devisenhandel auf die Großbanken zu beschränken und der Regierung eine Kontrolle der Devisenkäufe und -verkäufe zu ermöglichen. Die Regierung will außerdem verhindern, daß Zahlungen in Auslandswährung bei Finanzgeschäften vorgenommen werden. Detaillierte Geschäftsregeln sollen redigiert sein. Außerdem ist überhaupt eine stärkere Kontrolle des Devisenhandels vorgesehen. Ueber die Notwendigkeit einer baldigen Regelung dieser Frage herrscht allgemeines Einmütigkeit.

Auch die Banken haben sich heute in einer Versammlung zu der auch Vertreter der Industrie hinzugezogen waren, mit der Frage beschäftigt, wie die Mark stabilisiert und der Devisenpekulation entgegengetreten werden kann. Leider ist die Entwicklung schon so weit gediehen, daß man vom gesetzgeberischen Abwehrmittel der Schanden nicht mehr ausgemacht werden kann. Es muß darüber hinaus ein Weg gefunden werden, auf dem der Drang nach einer Goldwährung in ein anderes Bett geleitet werden kann, denn über das eine darf man sich nicht täuschen: Einer der wichtigsten Gründe für das Umschlagen der Devisenpekulation ist der, daß jetzt auch die große Masse das Kapital, das sich nur ursprünglich in den Sparbanken und Banken zu Sparzwecken aufhäufte, dazu veranlaßt fremde Geldmittel aufzukaufen, um sie vor weiterer Entwertung zu sichern. Die Bevölkerung sucht instinktmäßig nach einer sicheren Rücklage für ihre überflüssigen Gelder, und da ihr eine Möglichkeit dazu durch Sparen von Mark nicht mehr gegeben erscheint, wendet sie sich der Devisenpekulation zu, die naturgemäß zu einer Spekulation à la balais der Mark werden muß.

Die Katastrophe hat dem Finanzmarkt fast auch schon wieder zu Schwierigkeiten auf internationaler Ebene geführt. Die Ausgleichsverhandlungen, die am 13. Oktober mit den Alliierten ausgetauschten Verhandlungen stattfinden sollten, sind durch die augenblicklichen Besprechungen mit dem englischen und französischen Vertreter vorbereitet worden. Da aber die Reichsregierung alle Mittel prüft, um der weiteren Markentwertung vorzubeugen, und alle finanziellen Kräfte anspannt, um die Mark zu stabilisieren, so ist die Reichsregierung nicht mehr in der Lage, neue Devisenkäufe für Ausgleichszahlungen zu machen, wie es ursprünglich vorgesehen war. Es wird sich darum handeln, einen Weg ausfindig zu machen, auf dem man die Forderungen der Alliierten befriedigen kann, ohne daß neue Devisen gekauft werden müssen. Ein solcher Weg hat sich noch nicht gefunden, und man kann daher voraussetzen, daß die Konferenz am 13. Oktober nicht so glatt verlaufen wird, wie man ursprünglich erwartet hatte.

Wegen der gespannten Lage auf dem Finanzmarkt trifft der Reichsfinanzminister bereits morgen wieder in Berlin ein. Neben dieser notwendigen Frage erwartet den Reichsfinanzminister aber be-

Das ewige Feuer.

Roman von G. Richter.

(Nachdruck verboten)

Alexander Tscherschenowitsch fuhr in dem Ge-

wand mit seiner Gattin Eliska fort:

„Du wirst nicht von mir verlangen können,

daß ich die toten Besten einer hohen Unver-

wundlichkeit als irgendwelche bindende erachte.

Nur in ganz besonderen Fällen kann eine

Bestattung durch den heiligen Synod in Petersburg

beschlossen werden, die Entscheidung des Sow-

jetsch ist weder für dich noch für mich irgend-

was verbindlich, und verlange von dir, daß

du dich beugst. Mein Haus in Eritwan ist bereit,

zu empfangen.“

„Niemals.“

„Dann werde ich um des lieben Friedens wil-

len zu dir nach Kiew kommen.“

„Das wirst du nicht tun.“

Fürst Alexander hatte sich breit lächelnd beug-

te in den Sessel. „Ich bin hier.“

„Verlaß dich darauf, mein Ländchen. Aber nun

eine Frage, die ich ja wohl zu stellen berechtigt

bin. Wer ist der Fremde, der hier bei dir wohnt?“

„Zornbein trat sie dicht an ihn heran.“

„Also pioniert hast du auch. Nun, was konnte

man von dir auch anders erwarten. Dort, vor die-

sem Kreuz, hast du einen falschen Eid geschworen.

In diesem Zimmer hast du mich an deinen Zeh-

nbanden verhandelt. Hinaus oder ich lasse dich

mit Händen gehen.“

Alexander lachte.

„Schöne deine Schokkündchen. Alexander

Tscherschenowitsch hat den Bären mit dem Messer

getötet, er wird keine Schokkündchen nicht fürchten.“

„So wird ein anderer mich vor dir vertei-

bigen“, rief sie.

„Deinen lieben Freund willst du auf mich

heben? Er ist ja so bereit, sich für dich zu opfern.

Ich höre in Tiflis von seiner heldenhafte Ver-

wundung für dich. Ich habe ihm wohl das Leben

meiner Frau zu verdanken.“

„Du wirst ihn nie sehen, solange er mein

Gast ist.“

„Dann muß er diese Gastfreundschaft wohl

bald aufgeben. Ich bleibe hier.“

„Höre mein letztes Wort, Alexander. Ich kann

nicht zwingen, die rechtsgültige Ehescheidung

des Sowjetschichts anzuerkennen, aber ich werde

niemals in ein Zusammenleben mit dir willigen.

Mein Onkel, Fürst Kiew, weiß alles und wird die

Verhandlungen mit dir führen. Solange keine Ent-

scheidung des Sowjetschichts gefallen ist, wirst du Kiew

melden. Ich gebe nach Tiflis, um diese Entschei-

dung zu beschleunigen.“

„Du tust wieder. Kein Sowjet in Tiflis kann

den Spruch des heiligen Synods aus eigener

Machtvollkommenheit abändern.“

Eliska sah ihn triumphierend an.

„Deine Weisheit hat sich in ihrer eigenen Falle

gefangen. Du erkennst die Sowjetschichte nicht

an, gut, ich weigere mich, den heiligen Synod

anzuerkennen. Die georgische Kirche habe ihr

eigenes Oberhaupt in dem Katholikos von Agmet.

Der Erzbischof von Tiflis wird diesen obersten

Rückposten bald für sich in Anspruch nehmen.

Bis dahin gebühre ich.“

„Gut“, entgegnete er verächtlich. „Aber ich ver-

lange, daß du meinen Namen nicht hast verhöhnt;

der Fremde muß Kiew verlassen, das ist die ein-

zige Bedingung, unter der ich von meinem Rechte

abstehe.“

„Sie kamte ihn; so schwer es ihr auch wurde,

hier mußte sie nachgeben. Häßlich sah sie

ihn an.“

„Das wird dir heimgezahlt werden. Heute bin

ich dir unterlegen, der Fremde wird gehen, aber

du gehst auch.“

Er erhob sich.

„Vor dem Katholikos in Tiflis werden wir uns

wieder. Ich hoffe dich dann in besserer Laune

zu finden.“

Als er aus dem Tor ritt, begegnete er Heller.

Der von seinem Spazierritt zurückkam.

„Wir werden uns noch sprechen“, rief er ihm zu.

Im Hause trat die Fürstin Heller entgegen.

„Was hatten Sie mit dem Manne?“

Heller lachte.

„Ich lernte ihn unten am Flusse kennen und

erregte grundlos seinen Zorn, er scheint zu Ihren

Belangen zu gehören.“

„Es ist — sie flohte, dann aber sah sie ihn fest

an —, es ist mein Mann, Fürst Alexander Tschers-

chenowitsch.“

Heller pfiff durch die Zähne.

„Ich denke, der ist tot.“

„Das habe ich nie gesagt. Wir sind geschieden,

aber er erkennt nach dem Umsturz in Tiflis die

Echeidung nicht mehr an. Er verlangt, daß ich zu

ihm zurückkehre. Wer ich werde das nie tun.

Er verlangt außerdem, daß Sie — daß er —“

Heller nickte.

„Er verlangt, daß Baron von Utrecht sein Haus

verläßt, das kann ich nicht denken.“

Eliska sah vor sich hin.

„Unser Aufenthalt im Bonussberg, Jean Für-

stin, währte mir überhaupt sehr zu lange. Der

Baron von Utrecht ist längst reisefähig und hat

mehr für dies Land zu tun, als mit schönen

Freuden zu täuschen. Beurlauben Sie es mir, ihn

zu verabschieden.“

„Ich muß wohl“, sagte Eliska leise. „Ich kann

ihm jetzt nicht unter die Augen treten, es ist schred-

lich, zu schrecklich.“

„Sie drückte ihr Taschentuch an die Augen und

eilte hinaus.“

Heller aber ging vergnügt fliegend durch das

Haus, um Adriaan van Utrecht zu suchen.

Dreizehntes Kapitel.

Auf Apcheron schrien die Dichter und strafen

sich tief in die Erde hinein bis zu den geheimnis-

vollen Höhlen, in denen das Öl fließt. Rohr um

Rohr fließt in die Tiefe, tastend und suchend, lebe-

zeit bereit, den Strahl zu fangen und als Fontäne

nach oben zu leiten.

„Rohr schläft nicht alles, sie arbeiten wenig-

stens“, sagte van Utrecht vergnügt zu Heller, mit

dem er auf seinen Pferdchen aus der Stadt her-

ausgeritten war. „Es kamen in der letzten Zeit

oft beunruhigende Meldungen über Brände, aber

es kann nicht so schlimm gewesen sein. Ich kenne

solche plötzlichen Ausbrüche von früher her, sie sind

in Ostindien nichts Seltenes, und niemand

nimmt sie ernst. Sehen Sie dort die Gaskörner,

das sind die Rohstoffe, in denen die Kohle in die

Tiefe gehen, manchmal zweihundert und mehr Me-

ter. Treiben Sie unten endlich auf das Öl, dann

wirft die Gewalt der Fontäne das Öl einfach

in die Luft, und das Kapitol springt in hohen

Bogen. Der Turm wird natürlich mit Öl ge-

tränkt, und ein Brand kann leicht entstehen, unvor-

stehliches Unglück mit Feuer, Gewitter. Man er-

nicht mit Erde oder, wenn es keinen anderen Aus-

weg gibt, läßt man brennen. Als hier der Betrieb

nachgezogen war, wurde der neue Turm schon ge-

baut, während der alte noch als Feuerhaus in der

Gegend stand. Jetzt ist es schimmer, es steht an

das für die Turm, an Maschinentellen und an

Angestellten.“

(Fortsetzung folgt.)

reißt die Erledigung anderer dringender Angelegenheiten, von denen die Rücksicht mit den Parteiführern über die Wahl des Reichspräsidenten wohl diejenige von größtem Interesse sein wird, vor allen Dingen bestehen, weil zu dieser Zeit, wie die Präsidentenwahl auch das Problem der Koalitionserweiterung einer dringenden Klärung bedarf. Man ist sich ziemlich klar darüber, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick eine solche Koalitionserweiterung schon aus wirtschaftlichen Gründen notwendig ist. Selbst der Reichspräsident hat eine solche Erweiterung der Regierungsbasis für notwendig und zwar aus wirtschaftlichen Gründen. Aus dem gleichen Standpunkt steht der Reichsfiskus, wenn sich, parteipolitisch gesehen, die Möglichkeit dafür ergibt, und ebenso die sozialdemokratischen Minister Baur, Dr. Röder und Dr. Raddbruch für eine Erweiterung. Das gleiche kann vom Zentrum und den Demokraten angenommen werden. Nicht dagegen ohne weiteres von den Sozialdemokraten, deren durch die U. S. P. verführter linker Flügel dauernd die U. S. P. verführter linker Flügel dauernd aus der Verwirklichung des Nationalen Kapital gegen die Eingliederung der Deutschen Volkspartei zu schlagen sucht.

Die Kabinettsitzung.

WTB Berlin, 11. Okt. (Drabth.). Das Reichsministerium befaßt sich heute mit Maßnahmen zur Verhütung des weiteren Sturzes der Mark. Es wurde vor allem die Notwendigkeit des schleunigen Erlasses von Vorschriften, die eine Einschränkung der Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln bezwecken, anerkannt, und es wurde einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten den sofortigen Erlass einer Rechtsverordnung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung vorzuschlagen. Im Zusammenhang damit wurde die Frage der Ausgabe wertbeständiger Schatzanweisungen sowie weiterer Entlassungsmöglichkeiten für die Reichsmark erörtert. Die Beratungen darüber sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

BB Berlin, 11. Okt. (Drabth.). Bei der angekündigten Rechtsverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung der Devisenspekulation handelt es sich darum, daß alle Devisenankäufe den Außenhandelsstellen angezeigt werden müssen, und daß keine Devisenankäufe stattfinden dürfen, die nicht zur Bezahlung von Einfuhrwaren benötigt werden. Die Kontrolle soll in der Weise stattfinden, daß von jedem Devisenankauf nicht nur wie bisher eine Akte auf das Finanzamt, sondern auch eine solche an das zuständige Außenhandelsstelle geleitet wird, die dann über die Gültigkeit des Kaufauftrages entscheidet. Die Nichtbefolgung der Verordnung soll unter strenger Befragung gestellt werden. Was die Frage wertbeständiger Schatzanweisungen betrifft, so liegt dem Kabinett ein Vorschlag vor, eine wertbeständige Reichsanleihe zu schaffen, die in Stückeln von 500 Mark oder einem Reichtum im Gesamtwert von 400 Millionen Goldmark ausgegeben werden soll. Diese sogenannten Goldscheine sollen mit einem Zinssatz von vier Prozent ausgestattet und am Fälligkeitstage in Papiermark zum jeweiligen Kurse der Goldmark bezahlt werden.

Ausländer-Beisteuerung in Thüringen.

GA, 11. Okt. (Drabth.). Die thüringische Regierung hat die Erhebung beträchtlicher Steuern für Ausländer, die sich in Thüringen aufhalten, beschlossen. Der Aufenthalt von mehr als drei Tagen kostet einen Amerikaner zwei bis vier Dollars, bis zu einem Monat vier bis zehn Dollars, bis zu sechs Monaten 20 bis 30 Dollars und über sechs Monate 30 bis 50 Dollars. Angehörige anderer Länder, deren Valuta ungünstiger ist, zahlen entsprechend niedrigere Gebühren.

Regierungsaffären und Stadteid.

Berlin, 12. Okt. (Drabth.). Der Finanzminister hat zur Milderung der Zahlungsmittelnot verfügt, daß die Regierungsschuldpfasse und deren Konbessen aus dem von den Städten und großen Betrieben ausgegebenen Reichsbank als vollgültiges Zahlungsmittel annehmen müssen.

Eingestellter Betrieb.

GA, 11. Okt. (Drabth.). Die Stadt muß den Betrieb der Straßenbahn einstellen, da die Einnahme nicht einmal die Hälfte der Löhne der Bahnpersonal deckt.

Pierrot Lunaire von Arnold Schönberg.

Die Gesellschaft der Musikfreunde in der Gruppe Barmer-Gebäude, die im Wuppertal noch nicht bekannte Werke lebender Komponisten ihren Mitgliedern zu vermitteln strebt, widmete ihr erstes Konzert dieses Winters dem Schaffen Arnold Schönbergs. Einleitend verbreitete sich der Bochumer Kapellmeister Rudolf Schulz-Dornburg über den Komponisten, der für eine große Zahl unserer Musiker des Führer in musikalischen Neuheit geworden ist. Schulz-Dornburg steht in Schönbergs Schattenschein. Obwohl der Vortragende bestrebt war, ohne zu beeinflussen, Schönbergs Wesenart den Hörern zu erklären, ging die Atmosphäre der Veranstaltung mit ihm durch und legte den feurig gesprochenen Worten das warme Begehren unter: Ich glaube an Schönberg und seine Schöpfung. Schönbergs Persönlichkeit steht unantastbar da. Ein stiller, reiner Mensch, schaffte er mit tiefem Ernst so, wie er muß. Und sein Schaffen entspricht nicht, so meinte der Vortragende wieder, dem Intellekt, dem Verstand. Es vielmehr Ausdruck seines ganzen Wesens. Schönberg strebt nach freier, abstrakter Kunst. Da es nach dem Vortragenden über Wagner hinaus keine Entwicklung gebe, habe er sich freigelegt von dem Diktator und suche wieder anzuknüpfen an Wagner. Bach und Fandl. Von da sei, wie auch Richard Strauss bei seiner Ariadne eingeleitet habe, ein Weg möglich zu neuen Ergebnissen. Von der „Arie“ des Orchesterklanges komme Schönberg zu seiner Klangfarbenharmonie einiger weniger Instrumente, die selbständig ihr Leben führen, nicht eingeeignet durch alte Geleise. Kurze Themen und weitestgehende Affekte entwickeln sich aus der Arie des Wuppertals. Der Angelpunkt aber von Schönbergs Wesen und Schaffen zeige sich in der „Arie“. Vom Einbruch des Augenblicks getrieben, bewege sich der Vortrag in fort-

„Auslandszucker.“ Die Nr. 79 der „Leipziger Kolonialwaren-Zeitung“ bringt folgende Notiz: „Auslandszucker.“ Eine Lebensmittel-Einfuhrstelle in der Umgebung von Ettingen laufe von einer englischen Firma einen Wagon Auslandszucker. Als die Sendung eintraf, befand sich dieser Auslandszucker in Originalfässen der Zuckerfabrik Waghaus in der Pfalz.

Die Fesseln für die deutsche Luftschiffahrt.

GA Frankfurt (Main), 11. Okt. (Eig. Drabth.). Der „Frk. Ztg.“ wird gemeldet: Am 20. Oktober tritt in London die Internationale Kommission für Luftschiffahrt zusammen. Diese Tagung wird für die deutsche Luftschiffahrt bedeutsam werden. Nach „Daily Chronicle“ besteht bei den englischen und französischen Delegierten starke Neigung, für die Abschaffung der den deutschen Flugverkehr einschränkenden Bestimmungen einzutreten, da man in England und Frankreich großes Interesse für die Herstellung einer regelmäßigen Luftverbindung London-Berlin bzw. Paris-Berlin hat. Das Vertragsrecht zum Überfliegen deutschen Gebietes tritt Ende dieses Jahres. Um englischen und französischen Fliegern diese Möglichkeit auch weiterhin zu sichern, will man Deutschland in der Frage des Flugzeugbaues entgegenkommen. — Alles nur aus eigennützigen Gründen.

Finanzdistatur in Oesterreich.

GA Wien, 12. Okt. (Eig. Drabth.). Der Bericht, den Bundeskanzler Seipel im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten erstattete und dessen Wortlaut erst in den nächsten Tagen unterbreitet wurde, enthält das glatte Zeugnis Seipels, daß eine Art Finanzdistatur in Oesterreich eingeführt wird. Der Bundeskanzler bemühte sich, glauben zu machen, daß die Genfer Abmachung diese Distatur nicht an die fremden Kommissare und die Kontrollkommissionen übertrage. Er bemühte sich, die Dinge so darzustellen, als sei es der Österreich und nicht, wie es tatsächlich der Fall ist, die kleine Gruppe der die Anleihe gewährenden Staaten, mit denen man es hier zu tun hat. Er behauptete weiter, daß die Genfer Protokolle die Aufschaltung des Parlaments nicht fordern. Der Bericht über die Genfer Protokolle müsse jetzt schnell fertig werden, denn sonst trüge man die Verantwortung für ein Scheitern der Aktion, da den fremden Mächten für die Zustimmung zu der Anleihe ein Zeitraum bis zum 31. Dezember nach der Annahme im deutsch-österreichischen Nationalrat bleiben muß. Bundeskanzler Dr. Seipel erhielt die Zustimmung der Christlich-Sozialen, der Großdeutschen und der Bauernpartei, während der Mißbilligungsantrag der Sozialdemokraten abgelehnt wurde.

Ende der Konferenz von Mudania.

WTB London, 11. Okt. (Drabth.). Reuter meldet aus Mudania, daß die Mudania-Konferenz heute früh beendet wurde. Es sei eine befriedigende Regelung der verschiedenen strittigen Punkte erzielt. Die Tüirken hätten sowohl in der neutralen Zone als auch in der Beschränkung der Gendarmen nachgegeben. Es wird amtlich mitgeteilt, daß die türkischen Vertreter das Mudania-Abkommen unterzeichnet haben. Die griechischen Abgeordneten haben noch nicht unterzeichnet und sich gegen zwei Punkte nach Athen gewandt.

GA London, 11. Okt. (Eig. Drabth.). Ueber die Gründe, die Griechenland veranlaßt haben, an der Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen von Mudania nicht teilzunehmen, ist man hier noch wie vor ohne klare Meinung. Jedemfalls aber glaubt man, daß, wenn auch die griechischen Vertreter den Abdruck nicht unterzeichnet, es doch nicht zu erwarten sei, daß die griechische Regierung irgendwelche Schwierigkeiten bezüglich der Ratifikation machen werde.

GA London, 12. Okt. (Eig. Drabth.). Der „Daily Chronicle“ schreibt, die Regierung sei in der Lage und gerade deshalb müsse sie es tun, zu beweisen, daß der Wortwut, den man ihr

laufender Linie, holte vielmehr zu weiten allgemeinen-künstlerischen Betrachtungen aus und machte mitunter wunderliche Sprünge der Logik. Fast an jeden Satz konnte sich eine Frage knüpfen, die bei logischer Lösung vielleicht den Bestand des Satzes wesentlich zu ändern vermöchte, aber das Ganze kam so sprudelnd aus eigenem Gähnen heraus, daß auch das Widerspruchsvolle zu hören, freude bereite. Die Unrast des Menschen unserer Tage spiegelt sich in den Worten über einen außerordentlich reizbaren Nervenzustand der Zeit deutlich wider; es war Expressionismus über einen Expressionismus.

Danach leitete Schulz-Dornburg die Aufführung des: Pierrot Lunaire. Das Werk gibt dreimal sieben Gedichte von Albert Giraud nach der Übertragung von Otto Erich Hartleben wieder für eine Sprechstimme, Klarinette, Flöte (auch Piccolo), Klarinette (auch Bassklarinette), Geige (auch Bratsche) und Violoncello. Es ist nicht völlig Melodram, gibt mehr ein Zwischending zwischen Melodram und Liedern. Für die Sprechstimme enthält das Wort Pierrot Schönbergs die Anweisung, daß die in der Sprechstimme durch Noten angegebene Melodie (bis auf einzelne Ausnahmen) nicht zum Singen bestimmt ist, die ausführende daher die Aufgabe hat, sie unter guter Berücksichtigung der vorgezeichneten Tonhöhen in eine Sprechmelodie umzuwandeln. Die einzelnen Melodramen, die den Ausdruck kurz beizubehalten, gliedern sich in drei Teile. Pierrot der Mondbestrahlte. Der zweite bringt die Schauer der Nacht und der dritte verbindet seltsame Ironie mit Scham und mühseligen Wachen. Die Instrumente, die zum mit einander wechseln und selten voller zusammenklingen, haben nicht etwa zu isolieren oder zu untermalen und die Sprechstimme zu deklamieren, sondern bringen für sich Ausdruck. Obwohl das Ganze logisch für sich sein soll, knüpft es doch wieder im Anfang an

macht, sie habe den Krieg gewollt, ganz hinfallig sei. Es müsse klar festgestellt werden, daß große nationale Interessen auf dem Spiele ständen und daß, wenn eine Kriegsgeschichte diese nicht durch die klugen Maßnahmen der Regierung, diese Interessen zu retten, herbeigeführt wurden, sondern durch die Ermattungen, die den Tüirken von denen gegeben wurden, die in alle Welt hinausdröhen, daß wir uns nicht beteiligen dürfen.

Räterussland und Ungarn.

WTB London, 12. Okt. (Drabth.). Einer Neutermelung aus Riga zufolge wird aus Moskau berichtet, daß zwischen der Sowjetregierung und der Ungarischen Regierung vor kurzem in Berlin eine Militärkonvention abgeschlossen sei.

Aus der Denkschrift über die „gleitende Gehaltskala“.

GA Berlin, 10. Okt. (Eig. Drabth.). Der Reichsminister der Finanzen hat dem Reichstag auf Grund einer am 7. April 1922 angenommenen Entschließung eine Denkschrift über die gleitende Gehaltskala überreicht. Darin heißt es u. a.: Als die erste Voraussetzung für eine Durchführung der automatischen Anpassung der Gehälter und Löhne wird sich die Notwendigkeit ergeben, bestimmte Grundzahlen für die Gehälter der einzelnen Berufsgruppen festzulegen. Diese Festlegung bedingt ganz außerordentlichen Schwierigkeiten und würde gerade mit Rücksicht auf die Bedeutung, welche diese Grundzahlen für die Möglichkeit der Anpassungsergebnisse haben, nur nach langwierigen Kämpfen zu erreichen sein. Keine der verschiedenen in den letzten Jahren eingeführten Gehaltsabstufungen hat allseitige Anerkennung gefunden. Es müßte damit gerechnet werden, daß von den verschiedenen Berufsgruppen gegen die Einführung dieser Regelung als Grundlage für eine gleitende Lohn- und Gehaltsabstufung Widerstand und Widerspruch erhoben wird. Auch ein Zurückgehen auf die Vorkriegsgehälter wird nicht möglich sein, da namentlich von den unteren Beamtengruppen hierin eine Benachteiligung zu erwarten wäre. Die Regierungen der Länder stehen in ihrer überwiegenden Mehrheit auf dem Standpunkt, daß eine rein schematische selbständige Anpassung der Gehälter an die Lebenshaltungskosten nicht möglich ist. Man komme zu dem Ergebnis, daß die Durchführung einer selbständigen Anpassung der Gehälter an die Lebenshaltungskosten führen müsse und daher zurzeit nicht durchführbar sei. Auch die Arbeitgeberverbände lehnen in ihrer Gesamtheit die Einführung einer selbständigen gleitenden Gehaltskala ab.

Der deutsche Städte- und Reichstagesbund steht gleichfalls auf dem Standpunkt, daß die Einführung der gleitenden Gehaltskala zurzeit als unbrauchbar bezeichnet werden muß, da in der unbrauchbaren Vorstufe bisher nicht zutage getreten sei. Besonders bemerkenswert ist die einstimmige Erklärung, die der sozialpolitische Ausschuss des deutschen Industrie- und Handelskongresses gefaßt hat, in der die gezielte Einführung einer selbständigen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Lebenshaltungskosten (gleitende Lohn- und Gehaltskala) abgelehnt wird.

Die Stellungnahme der Arbeitnehmer ist noch nicht einheitlich. Während in Zeiten starker Steigerung der Lebenshaltungskosten die Einführung der selbständigen Anpassung der Gehälter als Heilmittel zur Beseitigung aller Schwierigkeiten angesehen wurde, verurteilte der Aufstand dieser Berufsgruppen in Zeiten vorübergehender Senkung oder Stabilisierung der Preise. In letzter Zeit mehren sich aber auch in den Arbeitnehmerkreisen die lebhaftesten Bedenken gegen die Einführung einer automatischen Lohnanpassung. So hat neuerlich der Gewerkschaftsbund der Angestellten sich gegen die gezielte Einführung einer gleitenden Lohn- und Gehaltskala ausgesprochen. Die Regierung nimmt zu dem Reichstag (Entschließung vom 7. 4. 1922) aufgeworfenen Fragen zusammenfassend folgende Stellung:

Einführung einer uneingeschränkten selbständigen Gehalts- und Lohnkala auf der Grundlage einer Anpassung ist im Hinblick auf ihre finanziellen und volkswirtschaftlichen Folgen abzulehnen, sie ist auch nicht geeignet, den berechtigten Anforderungen der Beamten, Angestellten

und Arbeiter zu genügen. Die Einführung einer selbständigen Anpassung der Gehälter und Löhne ist wegen der damit verbundenen praktischen Schwierigkeiten als unbrauchbar zu bezeichnen. Nach dem mit der bisherigen Anpassungsform gemachten Erfahrungen liegt eine dringende Notwendigkeit zur Einführung neuer praktischer Verfahren nicht vor. Demgegenüber wird die Regierung, wenn sie auch der Frage der Einführung der selbständigen Anpassung der Gehälter und Löhne gegenüber nicht gleichgültig ist, weiterhin demutlich sein, nach Möglichkeiten auf eine ausdehnende und zeitliche Anpassung Bedacht zu nehmen. Die Festlegung der Anpassung zugrunde liegenden Verhältnisse ist auch unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände, namentlich auch der Reichsindustrialisierung, durchzuführen. Würde gleichwohl eine selbständige Anpassung der Gehälter und Löhne als notwendig angesehen werden, so müßte dann ebenso für die Angestellten und Arbeiter im Reichsdienst und weiter für die Beamten, Angestellten und Arbeiter im Landes- und Kommunaldienst eine Stufen eingeführt werden, um eine Überbelastung der Beamten durch die übrigen Angestellten, Angestellten und Arbeiter zu vermeiden. An einer gleichzeitigen Grundabstufung fehlt es aber jedenfalls hinsichtlich der Angestellten und Arbeiter. Weiterhin wäre die wahrscheinlich unvermeidbare Folge der Einführung der gleitenden Stufen für Arbeiter und Angestellte im Staatsdienst. Hierbei würde sich eine Reihe von inneren Folgen nicht annähernd überschätzbarer Auswirkungen auf die Wirtschaft ergeben. Die Sicherung eines Mindesteinkommens ist nur möglich durch Erhöhung der Erzeugung und Verabreichung der Reparationskosten, die Voraussetzungen einer Verminderung der Geldinflation sind.

Deutsches Reich.

Die Preise steigen schneller als der Dollar! Während der Dollar von August bis September im Durchschnitt um rund 30 Prozent gestiegen ist, ist die Großhandelspreis für Einfuhrwaren in der gleichen Zeit um rund 32 Prozent (auf das 431fache) für Inlandswaren gar um 61 Prozent auf das 243fache gestiegen. Der Gesamterstieg um 52 Prozent auf das 279fache der Friedenspreise. Die Inlandspreise sind also doppelt so schnell wie der Dollar gestiegen!

Ein Opfer der Wirtschaftskrise.

GA Leipzig, 12. Okt. (Eig. Drabth.). Das bibliographische Institut bereitet eine Neuauflage des schon seit Jahren vergriffenen „Recherches bibliographiques“ vor. Das Material für die ersten drei Bände ist bereits fertiggestellt. Der Verlag hat schon Millionen auf das Werk verwendet. Jetzt hat der Verlag den Mitarbeiter durch Rundschreiben mitgeteilt, daß es unmöglich ist, die Arbeiten an diesem Werk fortzusetzen. Die Fertigstellung des Werkes würde bei den heutigen Papier- und Herstellungskosten fünfzig bis sechzig Millionen Mark für den Band betragen. Da der Verlag nach seinen Erfahrungen erst nach Erscheinen des sechsten Bandes auf einen Rücklauf des festgesetzten Kapitals rechnen kann, müßte bis dahin etwa 300 Millionen Mark festgelegt werden. Diese Summe könne kein Verlag aufbringen, noch bei den heutigen Lagen verzinzen. Der Verlag ersucht daher seine Mitarbeiter, die Weiterarbeit einzustellen und das in ihren Händen befindliche Material zurückzugeben. Der unglückliche Bibliograph ist damit ein Opfer der Wirtschaftskrise. Das Buch, das nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland die weiteste Verbreitung hatte. Dauerhaft ist auch die Wirkung dieses Entschlusses des Verlages auf den Kreis der an dem Werk beteiligten Gelehrten, deren wirtschaftliche Lage ohnehin sehr zu wünschen übrig läßt.

Die Umgestaltung der Angestelltenversicherung.

GA Berlin, 11. Okt. (Eig. Drabth.). Der Reichsausschuss für soziale Angelegenheiten (erste Beratung) über die Umgestaltung der Angestelltenversicherung für Angestellte jenseits der Reichsgrenzen. Der Ausschuss hat die Abänderung der Angestelltenversicherung beim Übergang in die Angestelltenversicherung und über die Ausgestaltung der Versicherungsbedingungen der Angestellten in der Angestelltenversicherung. In der Abänderung wurde beschlossen, abweichend von der Regierungsvorlage die sogenannte Rentenversicherung (Zuschläge) auf 2000 Mark jährlich für Angestellte und Beamte festzusetzen. Die Versicherungsbeiträge werden berechnet mit einem Zehntel vom Durchschnittsgehalt der Angestellten. Von den Parteien wurde es als Pflicht der Angestelltenversicherung angesehen, die Zahlen zu tragen, die von der allgemeinen Invalidenversicherung für Rentner aufzuwenden sind, die von der Rentenversicherung der Angestelltenversicherung gebildet. Die beiden Versicherungsbeiträge gelangen zu der Beitragsabgabe in die neuen Beiträge der Angestelltenversicherung einbezogen sind.

Der Dresdener Kreuzchor in Warmen.

Der erste der von Adolf Stiebert veranstalteten Musikabende in der Barmer Konfordia vermittelte dem Wuppertaler die Bekanntheit mit dem seit dem 13. Jahrhundert bestehenden Dresdener Kreuzchor, der mit den Leipziger Thomaskantoren und dem Berliner Domchor auch heute zu den bedeutendsten deutschen Kirchenchören zählt. Eine ganze Reihe berühmter Musiker ist aus der Dresdener Kreuzchor hervorgegangen und die Kantorenreihe weist ebenfalls ansehnliche Namen auf. Seit 1906 leitet Professor Otto Richter den Kreuzchor.

Das Barmer Konzert der Kreuzchöre fand einen bis zum letzten Platz besetzten Saal, und die Leistungen standen an Chordisziplin und musikalischen Erfassen und Durchführen des Stoffes auf einer nur am Berliner Domchor zu messenden Höhe. Das Material freilich kam in den Sopranstimmen etwas spärlich. Auch gibt der Kreuzchor, im Bestreben, sich dem Chorgesangsstil anzupassen, im Vorläufer zu sein, mitunter wohl einen Schritt zu weit auf Kosten der Gesundenheit des Gesanges, wie überhaupt im rein Gesangsartigen nicht die Ueberlegenheit dieses Chores zu ersehen ist. In der Bach-Motette „Komm, Jesu, komm“ war das bestmögliche Intonieren des „Komm“, obwohl es an sich stiller sein mag, sinngemäß verheißt, denn unmittelbar nachher heißt es: „... mein Leib ist müde“, und ein müder Leib kann

schöpfers voll erfüllte und den Unterschied zwischen gewöhnlichem Sprechen und einem Sprechen, das in einer musikalischen Form mitwirkt, deutlich machte. Es entsprach daher der Billigkeit, daß die in der Aula des Barmer Gymnasiums jährlich anwesenden, auch soweit sie dem Werk selbst keinen Gewinn abgeben konnten, den Aufstehenden am Schluß lebhaften Beifalls dank spendeten.

F. G.

Der neue bel...
GA Düsseldorf...
Der neue bel...
GA Düsseldorf...
Der neue bel...
GA Düsseldorf...

Der neue bel...
GA Düsseldorf...
Der neue bel...
GA Düsseldorf...
Der neue bel...
GA Düsseldorf...

Der neue bel...
GA Düsseldorf...
Der neue bel...
GA Düsseldorf...
Der neue bel...
GA Düsseldorf...

Der neue bel...
GA Düsseldorf...
Der neue bel...
GA Düsseldorf...
Der neue bel...
GA Düsseldorf...

Dauerschäftsleiter: B. S. Till.
Verantwortliche Redaktionen: Für den politischen Teil: Fritz Wedder; für das Feuilleton: Otto Klein; für den lokalen Teil: Karl Sir; für Kunst und Randgebiete: Wolfgang Müller; für das Angelegenheit: Karl Weber; sämtlich in Elberfeld.

100

